



Benachteiligt fühlt sich Enzkreis-Landtagsabgeordneter Thomas Knapp (Foto) mit seiner Firma Unomondo auf dem Pforzheimer Hohberg durch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Foto: privat

Gabriel erzürnt die eigene Partei

SPD-Landtagsabgeordneter Knapp fühlt sich durch die Politik des Umweltministers benachteiligt

ENZKREIS/PFORZHEIM. Der Name Gabriel steht für „Kraft“ und kann mit „Held Gottes“ übersetzt werden. Für den Enzkreis-Landtagsabgeordneten Thomas Knapp hat der Name von Bundesumweltministers Sigmar Gabriel eine ganz andere Bedeutung: „Er symbolisiert für mich Sturheit und Rechthaberei.“

Dass der SPD-Mann aus Mühlacker auf seinen Parteifreund in Berlin – aber nicht auf die Partei an sich – mächtig sauer ist, hat mit der seit 1. Januar 2009 geltenden Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) zu tun.

Von **Bruno Knöller**



Dass der SPD-Mann aus Mühlacker auf seinen Parteifreund in Berlin – aber nicht auf die Partei an sich – mächtig sauer ist, hat mit der seit 1. Januar 2009 geltenden Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) zu tun.

Nach Einschätzung Knapps ist Gabriel schuld daran, dass die Besitzer von bundesweit 380 Anlagen nun weniger Vergütung für die Produktion ihrer umweltfreundlichen Energie erhalten als zuvor. Gabriel will verhindern, dass – wie beispielsweise in einem Bioenergiepark in Mecklenburg-Vorpommern – die Betreiber von 40 Einzelanlagen für jedes Objekt Geld auf dem Konto verbuchen.

„Ich habe durch die Änderungen rund 20 000 Euro

monatlich Verlust“, ärgert sich Knapp. Schließlich ist der Sozialdemokrat nicht nur energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, sondern zugleich Geschäftsführer der Firma Unomondo, die unmittelbar bei der Pforzheimer Deponie Hohberg zwei Biogasanlagen und zwei mit Pflanzenöl befeuerte Blockheizkraftwerke betreibt. Mit der Abwärme lässt er Holz für die Pelletproduktion trocknen. Die Silos der Biogasanlagen befinden sich auf Gemarkung Neulingen-Bauschlott, der übrige Teil seines Unternehmens steht auf Pforzheimer Territorium. Am meisten stört Knapp, dass auf Gabriel nicht Verlass sei. Schließlich sei ihm im Jahr 2007, vor dem Bau seiner Anlagen, von einem unabhängigen Gutachter bescheinigt worden, dass es sich um „vier selbständige technische Einrichtungen“ handele. Jetzt würden dagegen die vier Anlagen nur noch als zwei betrachtet. Sie erhalten somit eine geringere Einspeisevergütung. Für Knapp ist es ein Unding, die rechtlichen Grundlagen rückwirkend zu ändern. Mit seiner Kritik an Gabriel und einigen SPD-Energiepolitikern in Berlin ist Knapp nicht allein.

„Glaubwürdigkeitsproblem“

Dass seine Landtagsfraktion voll hinter ihrem Energie-Experten steht, ist ohnehin klar. Doch auch Norbert Nieszery, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, wettet in einem Brief an den baden-württembergischen SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel gegen den Obergenossen Gabriel: „Da auch wir energiepolitisch auf erneuerbare Energien setzen, haben wir in der öffentlichen Debatte um die Existenz der Altbiogasanlagen ein Glaubwürdigkeitsproblem.“ Mecklenburg-Vorpommern habe deshalb den Vorschlag Schleswig-Holsteins unterstützt, das Gesetz wieder zu ändern.

FDP und Grüne stimmten im Bundestag dafür, die Eigentümer von Altanlagen finanziell nicht zu bestrafen. Doch SPD, CDU/CSU und Linke blockten dies ab. Knapp nimmt sogar die Union in Schutz: „Sie stimmte nur aus Koalitionsrason so ab.“ Er zeigt die Konsequenzen auf: „Einige Betreiber geraten durch Gabriels Sturheit in echte Existenznöte.“